

15. November 2021, 16:28 Uhr

15. November 2021, 16:28 Uhr Update: 15. November 2021, 16:31 Uhr

## Thorsten Frei: EU-Außenminister sind endlich aufgewacht

**Berlin** Im Konflikt über die Schleusung von Migranten über die polnisch-belarussische Grenze beschließen die EU-Staaten neue Maßnahmen. Unionsfraktionsvize Thorsten Frei hält zudem eine finanzielle Unterstützung Polens durch die EU für den Bau starker Grenzschutzanlagen für notwendig.

Von **Hans-Jürgen Deglow**



Die Außenminister der EU-Staaten haben am Montag ein neues Sanktionsinstrument gegen Beteiligte an der Schleusung von Migranten nach Belarus beschlossen. Die Europäische Union werde nun Personen und Einrichtungen in Visier nehmen können, die einen Beitrag dazu leisteten, dass das belarussische Regime Menschen für politische Zwecke instrumentalisieren könne, teilte der Rat der Mitgliedstaaten mit. Im Visier sind vor allem die staatliche Fluggesellschaft Belavia. Doch werden die neuen Maßnahmen ausreichen, um die Situation im polnisch-belarussischen Grenzgebiet zu entspannen?



Thorsten Frei bei einer Rede im Bundestag  
Foto: dpa

### „Schutz der Außengrenzen ist eine Kernaufgabe Europas.“

Unionsfraktionsvize Thorsten Frei (CDU) begrüßte die Einigung im EU-Außenministerrat, hält aber weitere Schritte für notwendig. Frei sagte unserer Redaktion mit Blick auf Belarus: „Mittelfristig kann es gar keine Frage sein, ob die EU den Bau von starken Grenzschutzanlage finanziell unterstützt. Der Schutz der Außengrenzen ist eine Kernaufgabe Europas. Er ist die Voraussetzung für den Wegfall der Binnengrenzen. Die EU kann nicht die innereuropäische Reisefreiheit für sich in Anspruch nehmen, den Schutz der Außengrenzen aber allein den Nationalstaaten aufbürden wollen.“ Zu den Beschlüssen der EU-Außenminister sagte Frei weiter: „Die EU und ihr Außenministerrat sind endlich aufgewacht: Dass die Türkei, Syrien und der Irak die direkte Verbindung nach Minsk unterbrechen, macht deutlich, dass der außenpolitische Druck wirkt.“

Mehr zum Thema



### Migration über Belarus: EU mit neuem Sanktionsinstrument

vor 49 Minuten

Die EU wirft der Führung in Belarus vor, Migration als Waffe einzusetzen. Nun will sie Machthaber Lukaschenko die Munition nehmen. Derweil kommen an Polens Grenze zu Belarus immer mehr Migranten zusammen.

*weiterlesen*

### Staatliche Fluggesellschaft im Visier

Das von den EU-Außenministern beschlossene neue Sanktionsinstrument bedeutet, dass die belarussische Fluggesellschaft Belavia künftig von europäischen Firmen, die Flugzeuge verleasen, keine Maschinen mehr nutzen darf. Ziel ist, dass Belavia dann nicht mehr so viele Menschen aus armen oder konfliktreichen Ländern zur Weiterschleusung in die EU nach Belarus fliegen kann. Der Außenministerrat, so Thorsten Frei, müsse diesen Druck aufrechterhalten. Es brauche auch „zusätzliche Sanktionen gegen das belarussische Regime. Kurzfristig sind das die einzig wirksamen Maßnahmen“.

Der Belarus-Führung wird staatliches Schleusertum vorgeworfen, sie hole gezielt Migranten ins Land, um sie dann zur Weiterreise in die EU an die Grenze zu Polen, Litauen und Lettland zu bringen. Vermutet wird, dass sich Machthaber Alexander Lukaschenko damit für Sanktionen rächen will, die die EU wegen der Unterdrückung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition erlassen hat.

## Polen plant mit 100 Millionen Euro teurer Grenzschutzanlage

Die polnischen Behörden haben bereits mit dem Bau einer befestigten Grenzschutzanlage begonnen. In Brüssel ist umstritten, ob dafür auch EU-Geld fließen soll. Warschau plant mit einem „Mittelding zwischen Zaun und Mauer“, die Kosten sind mit rund 100 Millionen Euro kalkuliert. Polen hat die EU um Mithilfe gebeten. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte jedoch nach dem letzten EU-Gipfel betont: „In der Kommission und im EU-Parlament gibt es eine gemeinsame Position, dass es keine Finanzierung von Stacheldraht und Mauern geben wird.“

---

Mehr zum Thema



### Härtere Sanktionen gegen staatliche Schleuser gefordert

11. November, 18:03 Uhr

Der Bundestag debattierte über die Lage an der EU-Außengrenze. Niemand sollte sich ungestraft an den „menschenverachtenden Aktivitäten“ von Belarus-Machthaber Lukaschenko beteiligen dürfen, sagte Außenminister Heiko Maas. Grünen-Politikerin Franziska Brantner mahnte, Polen und baltische Partner nicht alleine lassen in schwieriger Zeit.

*[weiterlesen](#)*

Frei mahnt unterdessen: „Die Europäischen Kommission muss endlich die Grundlage dafür legen, dass Migranten in einen sicheren Drittstaat außerhalb Europas verbracht werden können. Der Migrationsdruck auf die EU-Außengrenzen wird in dem Augenblick nachlassen, in dem deutlich wird, dass der Weg für illegale Migration nach Europa und insbesondere nach Deutschland nicht frei ist.“ Eine entsprechende Initiative sei bereits am 28. Juni 2018 auf dem Europäischen Rat beschlossen worden, damals noch als Konzept der „Ausschiffungsplattformen“.

## Geschäftsmodell der Schleuser zerschlagen

Der Abschluss von entsprechenden Vereinbarungen würde das Geschäftsmodell der Schleuser zerschlagen, meint Frei, „indem die Anreize für eine Schleusung entfallen. Geschehen ist bislang jedoch nichts; nicht einmal die erforderliche Änderung der rechtlichen Grundlage wurde durch die EU-Kommission eingeleitet. Ich bezweifle deshalb, dass es kurzfristig gelingt, Migranten aus Polen in die Ukraine zu bringen“. An die Adresse der Ampel-Parteien gerichtet sagte der CDU-Politiker: „Die Ampel-Koalition darf unter keinen Umständen das Signal aussenden, dass der Weg nach Deutschland frei ist. Eine Verteilung der Migranten würde Europa spalten und den Druck auf die EU-Außengrenzen erhöhen. Mehr illegale Migration würde folgen.“

**Hans-Jürgen Deglow**

Chefkorrespondent in Berlin